

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift: Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Poststedtkontor: Dresden 1839
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 155.

Donnerstag, 6. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorabzahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn. **Abonnementen** sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erstellen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlung und Entnahmestelle: Riesa. **Veröffentlichungsort**: Riesa. **Verantwortliche Unterhaltungsbeilage**: "Träumer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag**: Dünger & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle**: Poststraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: L. V. G. Teichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 6. Juli 1922.

* Weiterfahrt in Riesa. Der Postauskuch für das Sonntags, den 9. Juli 1922 in Riesa stattfindende Reiterfest teilt uns mit, daß er in diesem Jahre von dem ursprünglich geplanten Umzug Abstand nehmen will. Er bietet diejenigen Teile der Bürgerschaft, die etwa das Reiterfest durch Flaggensturm ihrer Häuser ehren wollten, hierzu Abstand zu nehmen.

* Trinkt kein Wasser auf Kirschen. Die 13-jährige Schülerin Gertrud Schefert in Meissen trank nach dem Genuss von Kirschen Wasser und starb unter großen Schmerzen.

* Ruhestand bezieht. Die unter dieser Überschrift kürzlich veröffentlichte Mitteilung bezieht sich nur auf diejenigen Geistlichen, die im Staatsdienst angestellt waren. Die Ruhegehalter und hinterbliebenen Beziehungen der übrigen pensionierten Geistlichen beschränken sich zur Zeit auf die Beträge, die sich unter Zugrundelegung des Bevölkerungsstandes vom 30. 6. 1921 ergeben.

* Zu den Personalaränderungen im Polizeipräsidium. Im Dresdner Polizeipräsidium sind, wie bereits mitgeteilt wurde, wichtige Personalaränderungen vorgenommen worden. Der Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums, Regierungsrat Dr. Groß und der mit ihm zusammenarbeitende Oberkriminalinspektor Posselt sind durch den Minister des Innern von ihren Posten entbunden worden. Dr. Groß wurde durch den Leipziger Staatsanwalt Bäcker, der zum Regierungsrat ernannt wurde, erweitert, während an die Stelle Posselts der bisherige Regierungskommissar Haufe unter Kenntnung zum Oberregierungskommissar berufen wurde. Dazu erläutert der Leipziger Sachsen Dienst folgendes: Diese plötzlichen Personalaränderungen sind natürlich nichts anderes als politische Maßnahmen, wie sie bei der durch die Ermordung Rathenau gerade in Sachsen hervorgerufenen wesentlichen Verschärfung der an sich schon gespannten politischen Lage zu erwarten waren. Diese Maßnahmen könnten schon deshalb nicht besonders überraschen, weil man ja weiß, die politische Lage in Sachsen zu einer wesentlichen Annäherung der Kommunisten an die beiden Regierungsparteien geführt hat. Man weiß auch, daß die Entfernung des Regierungsrates Dr. Groß einer der Vorbedingungen war, die die Kommunisten erhoben haben. In diesem Zusammenhang muß, um etwa der falschen Darstellung vorzubeugen, als bedeute die Abberufung dieser Beamten eine disziplinarische Maßregelung wegen mangelhafter oder illegaler Amtsführung, auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Abberufung nicht von dem zuständigen Ministerium des Innern, sondern von dem Minister des Innern persönlich, der bekanntlich der U. S. angehört, verfügt worden ist. Tropfend erscheint diese Maßnahme einigermaßen unbegreiflich, weil Regierungsrat Dr. Groß nicht der Deutschen Volkspartei, sondern der Demokratischen Partei angehört.

* Warnung für deutsche Schuldner von Verbündeten gegenüber Elsass-Lothringen aus der Zeit vor dem 11. 11. 1918. Es mehren sich die Fälle, in denen deutschen Schuldner, die während des Waffenstillstands — das heißt in der Zeit vom 11. 11. 1918 bis zum 10. 1. 20 — ihre aus der Zeit vor dem 11. 11. 1918 herrührenden Schulden an elsass-lothringische Gläubiger unmittelbar beglichen haben, die gezahlten Beträge von ihren Gläubigern wieder zurückfordert oder buchmäßig gutgeschrieben werden. Die elsass-lothringischen Gläubiger befürchten sich darüber meistens auf einen Urteil des deutsch-französischen gemischten Schiedsgerichtshofs vom 19. 10. 21, aus dem sie das Recht herleiten, die Forderung ohne Rücksicht auf die erhaltene Zahlung im Ausgleichsverfahren anzumelden und dafür vom Deutschen Reich einen Frankenbetrag unter Umrechnung zu dem in diesem Verfahren maßgebenden Kürte von 100 M. — 81,34 Frs. zu erhalten. Da die durch das Urteil geschaffene Rechtslage bisher noch völlig ungeklärt ist, wird dringend davor gewarnt, zufliegende Beträge anzunehmen oder ihre etwaige Rückforderung unwiderruflich zu lassen. Um die Anrechnung der geleisteten Zahlung unter allen Umständen zu sichern, ist es erforderlich, daß durch ausdrückliche Erklärung an den Gläubiger die Annahme des zurückgeschafften Betrages verweigert oder eine etwaige Rückforderung abgelehnt wird. Zurückgesandte Beträge, deren Annahme bereits erfolgt sein sollte, sind sofort an den Gläubiger zurückzuladen. Schuldner, die dieser Warnung zuwider handeln, legen sich der Gefahr aus, wegen des etwa entstehenden Walutschlags in voller Höhe in Anspruch genommen zu werden.

* Die Sächs. Bauernhochschultagung, welche auf den 9. und 10. Juli 1922 angezeigt war, ist der im Gange befindlichen Feldarbeiten wegen auf den Herbst verschoben worden.

* Keine wesentliche Rendierung auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Wohnbericht des Bundesamtes für Arbeitsvermittlung, 25. Juni bis 1. Juli 1922, zeigte die Arbeitsmarktlage im Vergleich zur Vorwoche keine wesentliche Rendierung. Die Anforderung von Arbeitskräften ging teilweise etwas zurück. Die Vermittlungstätigkeit war im allgemeinen außerordentlich reg. Im Stollberger Bergbau machte sich die Abwanderung, besonders der jüngeren Arbeiter, weiter bemerkbar, sodass sämtliche Werke aufnahmefähig sind. Die Ziegeleien, die keramische Industrie, sowie das Steinmetzgewerbe sind unverändert gut beschäftigt. In der Metallindustrie ist der gute Geschäftsgang im allgemeinen derselbe geblieben. Die Textilindustrie nahm männliche Arbeitskräfte in erheblicher Zahl auf. Im Teller- und Tafelerwerb gewerbe liegt zum Teil die Zahl der Arbeitssuchenden. Im Holzgewerbe blieb die Lage für Elsässer auf gute fornierete Arbeiten noch günstig, sonst ist im allgemeinen eine Annahme der Gewerkschaften zu ver-

zeichnen. Besonders hart ist der Zugang an weiblichen Gewerkschaften des Schwärzgewerbes. In der Algarve-Industrie liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften nach. Im Bekleidungsgewerbe liegt noch dringender Bedarf an erfahrener Schneider vor. Wegen Sozialschluss liegt die Zahl der arbeitslosen Hutmacher. Lediglich Fleißergewerbe wurden vergleichsweise gelöst. Im Baumgewerbe fehlen Maurer und Zimmerer nach wie vor. Im Gastgewerbe besteht lediglich beim Bedienungspersonal ein Überschuss an Arbeitskräften.

* Ausreise-Pauperleichterungen. Nachdem am 1. Mai 1921 der Einreise-Sichtvermerkswang für Reichsdeutsche wegfallen ist, und mit Wirkung vom 1. Juli 1922 Pauperleichterungen für die Ausreise aus Deutschland getroffen. Personen, die im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, gelten für die Ausreise aus Deutschland als vom Sichtvermerkswang befreit, wenn sie beim Grenzübertritt durch einen Vermerk des Finanzamts im Pass nachweisen, daß gegen ihre Ausreise steuerliche Bedenken nicht bestehen. (Unbedenklichkeitsermerk). Damit können Reichsdeutsche die Reichsgrenze beliebig häufig ohne Sichtvermerk überqueren. Bei Ausländern kann auf den Einreise-Sichtvermerkswang noch nicht verzichtet werden. Den in Deutschland anfalligen Ausländern ist daher zu empfehlen, sich Sichtvermerke in der Form des Dauersichtvermerks nach dem bisherigen Verfahren zu beschaffen.

* Briefe richtig frankieren! Der gewöhnliche Brief kostet jetzt 3 M. (Briefe über 20 Gramm 4 M., über 100 Gramm 5 M.), der Ortsbrief 1 M. (über 20 Gramm 2 M., über 100 Gramm 3 M.), die Postkarte 1,50 M. im Postverkehr 75 Pfg. Untertaktige Frankierung verursacht Kosten und Zeitverlust.

* Großenhain. Der Arzt Herr Dr. Hötzsch weilt mit seiner Gattin zu mehrwöchigem Bade- und Erholungsurlaub in Görlitz am Müggen. Bei einer Segelbootfahrt bat er nun, kurz vor seiner Abreise in die Heimat, infolge Unglücksfalls sein Leben eingeschüchtert. Seine Gattin konnte noch rechtzeitig gerettet werden. Die Beisetzung hat in Gehlsdorf stattgefunden.

* Dresden. Am 4. Juli nachm. ist im Ausstellungsbau von einem Stand in der Porzellanausstellung der Jahresausstellung Deutscher Arbeit eine sehr wertvolle Porzellansfigur, einen Harlekin darstellend, 40—50 Centimeter hoch, gestohlen worden. Der Harlekin steht auf dem linken Bein, linke Hand in die Hüfte gestemmt, das rechte Bein im Winde nach vorne und obwärts gestellt. Die Figur steht auf einem weißen runden Sockel, der 15 Centimeter im Durchmesser misst. Auf der oberen Seite des Sockels befinden sich die Worte „E. Hoyer-Devant“, auf der unteren Seite das Fabrikzeichen: Eine Krone mit Kreuz zwischen zwei gekreuzten Stäben und das Wort „Rosenthal“. Die Kriminalpolizei warnt vor Auflauf der Figur.

* Bautzen. Ein ganz auffallender Preisunterschied besteht zwischen den Städten Bautzen und Görlitz. Während zum Beispiel Rindfleisch das Pfund in Bautzen 85—70 Pf. kostet, kostet es in Görlitz am Sonnabend 46—47 Pf. Auch Grünkraut ist in Bautzen zum Teil um das doppelte teurer als in Görlitz. Da auch in Löbau die Preise ähnlich wie in Bautzen sind, deuten viele Löbauer Familien ihren Bedarf in Görlitz. Namentlich an Markttagen sind die Fleischhäuser von Löbau nach Görlitz außerordentlich stark besetzt, hauptsächlich von Löbauer Hausfrauen, die in Görlitz ihre Einkäufe bewirken.

* Schandau. Ein furchtbare Unglück ereignete sich in Russland bei der Elbbrücke von Schrebenstein. Ein Schülerrauschling berührte die schwarze Strombrücke, als ein Wagen mit Langholz angefahren kam, der die Kurve etwas stark nehmnen mußte, um hindurchzufahren. Die Kinder wichen zur Seite, aber leider ergriff das schwungvolle Langholz drei von ihnen und drückte zwei derart hart an das Geländer, daß die Stäbe zur Seite gebogen und die armen Kleinen durchgepreßt wurden und noch auf das etwa 7 Meter tiefer liegende Pflaster des Elbujers stürzten. Eins war sofort tot, ein zweites wurde lebensgefährlich, das dritte weniger schwer verletzt.

* Meissen. Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, der Einführung einer Hödersteuer abzuhelfen, da das Ergebnis bei weitem nicht dem Aufwand entspricht, und man die Aufsicht vertritt, daß die Steuer, insbesondere bei Umgebungsfallen, nur der Böllerei Vorwurf gelehrt wird. Leider hält man die Einführung einer Hödersteuer auch gesetzlich nicht für zulässig, da die Übersteitung der Vorlaste verboten ist.

* Blaauau. Am Sonnabend fuhr bei dem Strudelhaus-Gebäude ein Personenauto mit Hochzeitsgästen in den Straßenrabatten. Das Auto, das einem blassen Fabrikbesitzer gehört, ist ziemlich stark beschädigt. Die Hochzeitsgäste wurden mehr oder weniger verletzt. Außer Knöden- und Rippenbrüchen erforderte der Unfall erstaunlicherweise kein schwereres Opfer. Das Hochzeitspaar war nicht mit im Auto.

* Riesa. Vor den Augen des Vaters ertranken ist der 18-jährige Kurt Henkel in einem Teiche auf Niederlößnitz-Klause. Er wollte einen geschossenen Spatz aus dem Teiche holen. Obwohl guter Schwimmer, rechnete er nicht mit dem in diesem Teiche wachsenden Schlingpflanzen, in die er sich mit den Füßen versetzte. Vom Vater, sowie Billigbereiten Männern wurden die größten Anstrengungen gemacht, den Kanabin zu retten, es war aber nicht möglich.

* Schwarzenberg. Am Sonntag sollte auf dem Märchenbrunnen bei Schwarzenberg in Verbindung mit dem Waudertreffing der Erzgebirgsvereine eine Gedächtnissfeier an die vor 100 Jahren erfolgte Einweihung des Gedenksteines am Brunnen abgehalten werden. Es waren allgemeine Gedärme, Ansprachen und Vorführung einiger Szenen aus dem sächsischen Prinzenraub im Jahre 1455 durch den Dramatischen Verein Bautzen vorgeführt. Auf Einpruch der unter Führung des Landtagsabgeordneten

Lehrer Schneller-Schwarzenberg stehenden Kommunisten ließ der Minister des Innern in letzter Minute die Freiheit unterlaufen. Den Erzgebirgsvereinen in Bautzen, Grünhain, Rosenthal und Schwarzenberg, die die Freiheit vorbereitet hatten, sind mehrere tausend Mark Schaden entstanden. Wie es steht, wollen sie bei der Regierung auf Schadensersatz dringen.

* Blaauau. Am Sonntagabend sandten handende Knaben an einem Stiel in Markneukirchen im Vogtland an einem Baum einen geschnittenen Judentopf. Als sie der Sache nachzuhören, sandten sie im Boden vergraben eine Kiste mit 42 vollständig neuen Armeesoldaten sowie 1400 Patronen. Allem Anschein nach sind die Waffen erst in den letzten Tagen dort vergraben worden. Die Waffen wurden von der Gendarmerie beschlagnahmt.

* Leipzig. Ein auffälliger Vorfall ereignete sich auf dem Rittersteig in Leipzig-Großzschocher. Dort bemerkte der Flurschütze Montag abend, daß eine Frau im Hinterhofe umherlief. Er nahm an, daß sie Pistolen sammeln wollte, und rief die Unbekannte an. Die Frau reagierte jedoch auf wiederholte Anrufe nicht. Nicht nur, um die Frau aus dem Hinterhof zu vertreiben, sondern auch, um einige Männer, die eine drohende Haltung gegen ihn einnahmen, zu veranlassen, sich nicht in seine dienstlichen Angelegenheiten zu mischen, gab der Flurschütze aus seiner Waffe einen Schreckschuß ab. Aus noch nicht aufhellter Ursache löste sich bald darauf ein zweiter, nicht beabsichtigter Schuß, der leider die Frau ins Gesäß traf. Die Verletzte muhte dem Krankenhaus St. Georg zugeführt werden, wo festgestellt wurde, daß die Verwundung glücklicherweise nicht lebensgefährlich ist. Als der Flurschütze sah, welches Unglück er angerichtet hatte, sorgte er dafür, daß Hilfe herangeholt wurde; u. a. ließ er auch durch einen Radfahrer die nächste Sanitätswache benachrichtigen. Inzwischen hatte sich aber eine Anzahl Männer und Frauen eingefunden, die, ohne die näheren Umstände des Unfalls zu kennen, in helle Aufregung gerieten. Sie stürmten auf den Flurschützen ein und prügelten ihn so, daß er die Besinnung verlor. Die hinzugezogene Kriminalpolizei hatte die gräßige Wüste, den unglücklichen Schützen aus den Händen der Menge zu befreien und ihn festzunehmen. In der Erregung griffen die Männer und Frauen auch die Beamten an und bewarfen das Dienstauto der Polizei bei seiner Abfahrt mit Steinen. Nur der befohlene Haltung der Beamten ist es zu verdanken, daß die Handgreiflichkeiten nicht in eine Schlägerei mit blutigem Ausgang endeten.

* Schäckfeld. Bei der Verpachtung der Pfauenzuchtungen an den Kreissträhen mußten sich die Obtpächter vertraglich verpflichten, die Einwohnerhaft im Ort mit 25 Pfund Pfauen pro Kopf zum Preise von 1 Mark für das Pfund zu beliefern.

Sächsischer Landtag.

wl. Dresden, 5. Juli.

Beginn der Sitzung 9 Uhr.

Es werden zunächst die bisher abgelebten Abstimmungen zum Stattkapitel 101, allgemeine Ausgaben beim Kultusministerium, vorgenommen. Die Ausdruhung anträge und die Minderheitsanträge finden Annahme. Außerdem wird der Minderheitsantrag betr. die Erhöhung der Beihilfen für das Psychologische Institut in Leipzig auf 30 000 Mark angenommen.

Es folgt die 2. Sitzung des Schulbedarfsgesetzes. Der Bericht über die Unschulzverhandlungen wird durch den Abg. Arzt (Soz.) Hermann (D.P.) und Dr. Seifert (Dem.) erstattet. Es handelt sich erheblich um die Übernahme der persönlichen Schulden auf den Staat, zweitens um die Regelung der Pflichtstunden für den Lehrer, besonders Fortbildungsschulden, drittens um die Regelung der Klassentunden und Schülerzahl, viertens um die Aufstellungsverbülfisse, Vertretungen und Verschiebungen der Lehrer. Vom Ausdruck liegen hierzu 23 Anträge und über 30 Minderheitsanträge vor.

Kultusminister Gleißner nimmt zunächst Bezug auf den gedruckt vorliegenden Bericht und verbreitert sich außerdem vornehmlich über zwei Gesichtspunkte, nämlich daß das Gesetz einmal den Ausbau der modernen Schule dienen und einen finanziellen Ausgleich im ganzen Lande herbeiführen soll. Die Wünsche der Gemeinden sollten nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Nach eingehender mehrstündiger Aussprache, an der sich Redner aller Parteien beteiligen, werden in der Abstimmung die gesetzten Minderheitsanträge abgelehnt. Darauf wird der Regierungsentwurf mit den Änderungen des Ausschusses teils einstimmig, teils mit kleiner sozialistischer Mehrheit angenommen, ebenso schließlich das ganze Gesetz nach der Vorlage. Das Gesetz tritt am 1. April 1923 in Kraft.

Weiter wird der Entwurf eines Altersgrenzengeches für Richter in zweiter Beratung erledigt, die Gesamtabstimmung aber für später zurückgestellt.

Ein Änderungsentwurf zum Gesetz über die Handels- und Gewerbezämmern wird nach kurzer Aussprache an den Rechtsausschuß überwiesen. Eine Anzahl Stattkapitel werden ohne Aussprache angenommen.

erner werden nachträglich beantragte Mittel für die Errichtung des Hygienemuseums in Dresden bewilligt.

Ein Entwurf zur Änderung des allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 wird angenommen. Schließlich wird die Gingabe des Radiumbades Oberseifers um Bewilligung von Staatsmitteln zur Erweiterung der Badegelegenheit dahin erledigt, daß die Gingabe der Regierung zur Erweiterung überwiesen wird.

Nächste Sitzung morgen vormitig 9^{1/2} Uhr.

mehr eingesürgert hat. In England ist es, wie G. W. Gross in einem Aufsatz über den Vollzuschuss der Politiker ausführt, seit den über Jahren üblich, Verhönlungen, die im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen, Detektivs zur Bewachung bringen. Als die Attentate der Henker eine große Unruhe erzeugt haben, wurde eine polizeiliche Verbündete für die Königin Viktoria geschaffen, die sie bei allen ihren Ausgängen begleitete. Die Erfahrungen, die man damit machte, waren so günstig, daß daraufhin eine besondere Abteilung bei der englischen Polizei geschaffen wurde, die sogenannte politische Abteilung von Scotland Yard. Seitdem sind nicht nur die Mitglieder der königlichen Familie stets von Polizisten bewacht worden, sondern auch Staatsminister und andere Politiker wurden unter die besondere Obhut der politischen Abteilung gestellt. Während der persönliche Detektiv der Königin Viktoria, Captain Savage, der den Überwachungsdienst am Hofe leitete, stets in Uniform gekleidet war, trugen die dem englischen Hofe zugeteilten Detektive mehr oder weniger meist Uniform. So begleitet König Georg ein uniformierter Beamter, und ebenso war es bei König Edward der Ball. Diese Beamten tun aber ihren Dienst nur im Innern. Bei Reisen im Ausland wird der Herrscher gewöhnlich von dem Inspektor der politischen Abteilung in eigener Person begleitet. Alle Mitglieder der königlichen Familie werden von Beamten dieses Zweiges von Scotland Yard bewacht, und diese sind auch für die Sicherheit fremder Fürstlichkeiten verantwortlich, die nach Großbritannien kommen. Nun ist es freilich, so umfassende Sicherheitsmaßnahmen auch getroffen werden mögen, niemals möglich, einen Mann, der gesungen ist, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, vor der Augen aller der Granate eines Mörders zu bewahren. Aber viele Tragödien sind doch durch die wachsame Aufmerksamkeit der Schubdetektive verhindert worden. Die Bewachung kann allerdings niemandem gegen seinen Willen aufzuhören werden, und es gibt auch in England bekannte Politiker, die sich lieber den Gefahren aussetzen, als sich bewachen zu lassen. Andere wieder fordern die Schubdetektive auf das dringlichste, und einige wenige entschließen sich im Interesse des Staates, dem sie dienen, zu einer solchen manchmal lästigen Rücksicht. Der Prinz von Wales lud während seiner Studienzeit in Oxford auf alle Weise, dem ihm beigegebenen Detektiv ein Schnuppern zu schlagen und machte dem braven Mann das Leben recht schwer. Eines Tages schloß er sich heimlich zu seinem Zweirad und raste mit zwei Freunden schleunig davon. Der Detektiv verbrachte eine angstige Stunde, aber nach dieser Zeit hatte er den Prinzen und seine Gesährten aufgefunden, die in einem abgelegenen kleinen Wirtschaftshaus schliefen. „Wie um alles in der Welt haben Sie mich so schnell aufgeföhrt?“ fragte der Prinz lachend. „Dafür bin ich Detektiv, Sir,“ lautete die Antwort.

Die Förderung des Wohnungsbaus.

Die ländliche Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über Wohnung einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaus vorgelegt. Danach soll die Regierung ermächtigt werden, zur Förderung des Wohnungsbaus eine Anleihe bis zur Höhe von 500 Millionen Mark aufzunehmen. Zur Veranschlagung und Tilgung der Anleihe sind die Beträge der Wohnungsaufnahme nach dem Reichsgesetz vom 26. Juni 1922 und 6. März 1922 und nach dem ländlichen Gesetz vom 2. Juni 1922 zu verwenden. Die übermalige starke Verstärkung des Baumaarktes in der Zeit zwischen 1921 und dem Beginn der Bauzeit 1922 hat auf die Durchführung des Kleinwohnungsbauwesens außerordentlich nachhaltig eingewirkt. Die Steigerung bei den meistigen Baustoffen, wie auch der Arbeitslöhne allein betrug innerhalb dieser Zeit 150 bis 200 Prozent und mehr. Die Herstellungskosten einer Kleinwohnung mit 70 Quadratmeter Wohnfläche bei beobachteter Planung und Ausstattung, welche im Vorjahr 80 bis 120.000 Mark erforderten, sind heute um das Doppelte und mehr gestiegen. Das zur Belohnung des Wohnungsbaus bisher eingeschlagene Verfahren muß daher auch fernerhin beibehalten werden. Eine Bautätigkeit außerhalb der öffentlichen Behörden kommt nur für besonders kapitalistische Kreise in Frage. Sie hat wenig Bedeutung bei der Bekämpfung des gesamten Wohnungsbedarfs und erfordert zur Verwertung der angelegten Kapitalien außerordentlich reiche Mieten.

Durch das bisherige Verfahren sind die durch die Miete nicht gedeckten Baukosten wenigstens zum großen Teil durch unverzügliches, bedingt rückzahlbare Baufesten bei Hilfe in der Form von Landes- und Gemeindedarlehen abgedeckt worden, die ihrerseits ihre Deckung durch die Wohnungsaufnahme sonden.

Die Landesdarlehen betragen ursprünglich für 70 Quadratmeter Wohnfläche 150–180, für Stallfläche 75 Mark je Quadratmeter. Infolge der anwachsenden Neuerung müssen diese aber bald um das Doppelte und Dreifache erhöht werden. Die Gemeindedarlehen betragen 1/2 der Landesdarlehen, gingen aber auch oft über dieses Pflichtdrittel hinaus bis zur Höhe der letzteren. Die

gesamte Darlehen zum Bau einer 70 Quadratmeter-Wohnung schwankte sonach zwischen 42 und 75.000 Mark. Diese Sätze sind nunmehr durch die Novelle vom 18. Mai 1922 zum Wohnungsaufnahmevertrag um das Doppelte erhöht worden, das Gemeindedarlehen feiner auf die Höhe des Landesdarlehens, als Regel und vorbehaltlich einer Erhöhung bis auf ein Drittel. Die gesamte Darlehen zum Bau der genannten Wohnung beträgt nunmehr bis zu 105–120.000 Mark. Es muß angestrebt werden, unter Berücksichtigung großtmöglicher Sparfamilie hiermit eine Finanzierung des Kleinwohnungsbauwesens durchzuführen, wobei natürlich auch versucht werden muß, die Höhe der erforderlichen Darlehen einzuschränken durch gezielte Prüfung der gestellten Anträge auf Darlehensgewährung namentlich daraufhin, ob sie den Anforderungen einer wirtschaftlichen Bauweise entsprechen, ob sich die Größe der Wohnfläche, für welche die Behörden gegeben werden, ermöglichen lädt, ob die Forderungen von knappster Grundrißbildung, Sparfamilie bei der Baumaßnahm, einfacher Ausstattung, Rücksichtnahme insbesondere der Installations- und Aufzugsräumen und umsichtige Bauvergebung genügend berücksichtigt sind. Die öffentlichen Mittel sind derart begrenzt, daß nur der unumgänglich notwendige Behördenaufwand ausgestanden werden kann und daß jede weitere Erhöhung als notwendige Folge einer weiteren Vergrößerung der Anzahl der unterstützten Wohnungsgebäuden haben müßte.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Heißerum. Der in Menschen praktizierende Arzt Dr. Mühlstein hat nach langjährigen Studien und Proben ein Serum erfunden, das die erlöschende Kraft des Auges wieder herstellt und Krebsgeschwüre zum Schwund bringt. Die Wirkung des Mittels ist bereits an verschiedenen Personen von hervorragenden Chirurgen festgestellt worden.

Ein thüringischer Generalintendant! Der thüringische Staat beschäftigt sämtliche thüringischen Staatstheater (Weimar, Coburg, Gotha, Meiningen, Gera, Altenburg usw.) einer gemeinsamen Überleitung zu unterstellen. Als Leiter dieser Generalintendanten soll der ehemalige Weimarer Generalintendant von Thürak aussehen sein.

Wie man atmen soll. Daß das Beste und gesündeste Atmen durch die Nase erfolge, ist eine Lehre, die im Turnunterricht, beim Militär und auch von Aerzten immer wieder gegeben wird. Gegen diese Anweisungen wendet sich aber Sanitätsrat Bruno Alexander in einem Aufsatz der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, der sich mit der „falschen Atmung“ beschäftigt. Alle Beobachtungen zeigen, daß Mensch und Tier, insfern es sich um gesunde und normale Individuen handelt, in der Ruhe durch die Nase, bei größeren körperlichen Anstrengungen aber durch den Mund atmen. Eine behändige und konsequente Atmung durch die Nase, die man sich fälschlich aneignet, führt schädliche Wirkungen auf das Herz und die Gesichtsorgane, und sie kann sogar dauernden Schaden verursachen, indem sie unbewußt zur Gewohnheit wird. Es tritt dann eine Anpassung des Atemapparates ein, von der der Verfasser sagt: „Atemhaltung ist nicht zu erkennen, die unteren Rippen werden durch die kontrollierten Bauchmuskeln gehoben – das Individuum atmet wie in einem festzugeschnürten Korsett, wie bei der militärischen Paradestellung: Brust raus, Bauch rein.“ Unter den Kranken, welche glauben, an „Asthma“ und „Asthmatische“ zu leiden, gibt es immer eine Anzahl, die mit ein Drittel der Erkrankten „Schnuppern“ – „Atmen durch die Nase!“ sind und ohne „Kur“ durch einfache Belehrung geheilt werden können. Gewiß ist anzuerkennen, daß die Nase vollkommenere Schutzvorrichtungen als der Mund hat und daß man die Ausführung schädlicher Gasen bei der Nasenatmung beschränkt. Über größere körperliche Anstrengungen verlangen unbedingt Mundatmung, und wenn dabei auch ein geringerer Schuß gegen Anatomie vorhanden ist, so ist doch der Schaden sehr viel größer, der durch die mangelhafte Atmung hervorgerufen wird. Wollten wir immer nur durch die Nase atmen, so müßten wir auf jede hochgekettete körperliche Leistung verzichten und uns einem ganz abnormalen Lebenswandel hingeben. Die Künstler bilden ihre Läufer, Reiter, Kürmenden Soldaten usw. seit mit gesättigtem Mund ab. In der Verschärfung der Nasenatmung in der Ruhe wird deshalb nicht gerüttelt, aber neben sie muß die Mundatmung treten. „Die ideale Atmung,“ sagt Alexander, „wird durch ein feines Wechselspiel zwischen Nase und Mundatmung ermöglicht. Dieses kann nicht gelebt werden, sondern stellt sich bei angestrengter körperlicher Arbeit – in höchster Entwicklung beim Sport (wie z. B. beim Dauerlauf – selbstverständlich bei offenem Munde – auf ebener Erde) von selbst ein. Von einer Vorzugsregung der Nasen- oder der Mundatmung darf überhaupt keine Rede sein. Die beiden Atmungswege müssen automatisch zusammenwirken, als ob sie nicht getrennt, sondern vereint werden, um dem Luftstrom immer ein genügend weites Eingangstor zu bieten.“

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Biedermeierzeit von Anny Wothe. Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

32. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ablehn! Das war sein erster Gedanke. Aber plötzlich blickte er an Henritte – wie würde sie hören und glücklich darüber sein – und seine Kinder? Andreas traute er nicht recht. Dorothé kam für den Wel nicht mehr in Betracht, nur das Marienkind – das holde, kleine Marienkind. Leberecht Bauer reckte seine hohe Figur. Geduldiglich läßt er aus, als er, mit leichtem Zittern um die Nierenflügel, von oben herab fragte:

„Und welches ist der Preis, mein Herr, den Sie für die Übermittlung dieser Nachrichten verlangen?“

Dunkelrot flieg es in Leberechts Gesicht und die großen grauen Augen blitzen feindselig.

„Sie sind im Irrtum, Herr von Bauer,“ sagte er, „wenn Sie annehmen, daß ich, um mir irgend etwas zu erlaufen, die Urtheile dieser Würdchnung bin. Ich lebte das ganze ausdrücklich ab, denn ich habe gar keine Ursache, etwas für den Mann zu tun, der mir das tiefe Leid meines Lebens zufügte. Nichts weiter tat ich, als seiner Majestät Ihren Namen zu nennen, als er mich nach meinem Lehrberen fragte. Seine Majestät hat sich dann nach Ihnen erkundigt, Ihre Werke gesehen und als er hörte, daß ich nach Deutschland ging, mich bestaunt. Ihnen die Aussichtung anstatt auf dem diplomatischen Wege, verlohnlich zu überbringen. Das konnte ich natürlich nicht ablehnen, um so weniger, da mich selbst ja eine eigene Angelegenheit zu Ihnen führt.“

Leberecht Bauer reckte sich noch höher empor. Offene Ablehnung versteinerte sein hartes Gesicht mit der scharfgebogenen Kufe. Ohne sie war ein, daß er dem Beauftragten des Königs bisher nicht mal einen Stuhl angeboten, aber er batte gar nicht daran, sein Vergehen gut zu machen.

Hinsler streifte sein Blick den Schreibstisch, wo Pfeilen und Vergammente lagen.

„Mein Herr Major,“ sagte er spöttisch, „die Uniform, die Sie tragen, spricht Ihnen ja wohl für Griechenland diesen Rang zu?“

„Ja, in dem Maße befandene Bedeutung, wie das ja leicht

sein Gebrauch mache. Nur der Auftrag seiner Majestät und die Wichtigkeit meiner anderen Aufgabe zwangen mich, hier in der meinigen Ränge zutreffenden Uniform zu erscheinen.“

Leberecht Bauer biß sich in die Lippen.

„Und darf ich diese andere Aufgabe erfahren?“

„Ich werde noch einmal um Ihre Tochter Dorothea.“

„Herr!“ donnerte Leberecht Bauer zum dritten Mal. Sie wagen es, mich um Sie abzuwenden, und meine Tochter die Braut eines Anderen ist.“

Leberecht verlor seine Ruhe nicht.

„Sie irren, Herr von Bauer – Sie können natürlich auch den Wel ablehnen,“ schaltete er forschend ein, als er sah, daß Leberecht unter seiner Ansrede zusammenzuckte. „Sie haben mich garnicht abgewiesen, sondern mit einschlägigem Verlobungsangebot auf meine Werbung gesandt. Die Verlobung wurde erst geschlossen, nachdem meine Werbung in Ihre Hände gelangte. Von meinem Lehrberen, der mit immer so viel Respekt einschätzte, hätte ich indessen so viel Achtung vor den Gründen anderer erwartet, daß er Dorothé Witterung von meinen Werbungen machen würde. Statt dessen haben Sie ihr diese Werbung verschwiegen und Dorothé dem ungeliebten Manne, ohne sie zu fragen, verlost. Es kommt mir nicht zu, festzuhalten, ob das eines Mannes, wie Sie es sein wollen, ob es eines Vaters wäre. Dorothé hat mir aber erklärt, daß sie ihren Verlobten nicht sieht, daß sie lieber sterben würde, als ihn betraten und ich halte deshalb noch einmal um die Hand Ihrer Tochter an, deren Verlobnis, da es ja nur einseitig geschlossen wurde, garnicht zu Recht besteht.“

Leberecht Bauer lächelte matt auf.

„Das glaube ich, Dorothé, die Sie bloß als Kind kennen, wollen Sie zur Frau, in Wahrheit aber wollen Sie mein Geld.“

Die Hand Leberechts fuhr nach dem Degen, die grauen Augen funkelten zornig auf. Dann aber sagte er, sich gewaltsam zur Ruhe zwingend:

„Ich brauche Ihr Geld nicht. Ich nehme Dorothé, wie Sie gebt und steht. Kein Stück aus dem Biedermeierhaus, das nicht von ihrer toten Mama kommt und ihr eine liebliche Erinnerung ist, soll mit ihr gehen. Und nun bitte ich um Ihre Entscheidung. Meine Zeit ist abgelaufen.“

Leberecht Bauer kam sich plötzlich etwas lächerlich vor,

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 6. Juli 1922.

Gesetzergesetz für die Beamten?

Berlin. Wie eine Berliner Korrespondenz erfuhr, hat das Reichskabinett sich gestern bei der Beratung über das Gesetz zum Schutz der Republik auch mit einem besonderen Disziplinarrecht für die Beamten beschäftigt, durch welches Gewalt dafür gegeben werden soll, daß republikanisch zuverlässige Beamte in die wichtigsten Stellen gesetzt und Sicherheit gegen eine monarchische und reaktionäre Agitation gewahrt werden soll. Die preußische Regierung wird zu diesem Gesetz noch einen besonderen Antrag einbringen, in dem sie Ausdehnung des Kreises der Beamten, der zur Disposition gestellt werden soll, verlangt.

Wieder normale Tage in Zwicker.

Zwickau. Wie das Sächsische Volksblatt meldet, ist die Lage in Zwickau wieder normal. Die Verhandlungen des aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien bestehenden Aktionsausschusses mit Vertretern der Regierung hatten folgendes Ergebnis: 1. Die auswärtige Spioneinstellung hat Zwickau zu verlassen. 2. Die Zwickauer Spione haben sich jeder Tätschel gegen die Arbeiter und Demonstranten zu enthalten. 3. Der Aktionsausschuss der drei sozialistischen Parteien haben die Sorge für die Ruhe und Sicherheit der Stadt Zwickau übernommen und eine Arbeiterwehrmannschaft gebildet, die durch gestempelte weiße Armbinde und Ausweiskarte kenntlich ist. 4. Die Streikstage werden beobachtet, aber nur, wenn am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird. – Die gestern nachmittag stattgefundenen Betriebsräte-Volksversammlung hat dem Verhandlungsergebnis zugestimmt, dem Aktionsausschuss des Vertrauen ausgesprochen und beschlossen, am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Demzufolge ist heute früh die Arbeit wieder allgemein wieder aufgenommen worden. In der Stadt herrscht Ruhe.

Eine Interpellation zum Ralle Bespreching.

München. Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag folgende Interpellation eingereicht: An dem Bruch gegen Freiheit von Preußen, welche Bayerns Fleischstiere verdächtigen, sowohl beim Reichskanzler, bei den verschiedenen Reichs- und preußischen Staatsbehörden in Berlin als auch insbesondere bei dem Gesandten des Deutschen Reiches in München ein geneigtes Ohr finden, und daß sie infolge der leichtsinnigen Aufsichtnahme ihrer schwulerlichen Verhältnisse erhebliche geldliche Unterstützungen seitens dieser Behörden zur Müharbeit gegen Bayern erhalten, um diese unerträgliche Überwachung Bayerns in die Wege leiten zu können. Welche Schritte gedenkt die Bayerische Regierung zu tun, um einem solch schrecklichen Mißstande für die Zukunft vorzubeugen? – Daß bemerkt die Bayerische Volkspartei vorreihend: Diese Interpellation ist außerordentlich zu beachten. In der Aussprache, die sich darüber im Landtag entfalten wird, dürfte sich die Regierung wohl auch dahin äußern haben, ob sie unter diesen Umständen auch fernerhin dem bei ihr beklagten Reichsgegenden das notwendige Vertrauen entgegenbringen kann.

Eine Abrüstungskonferenz der Nordstaaten.

Stockholm. Auf die Einladung der Sowjetregierung zu einer Abrüstungskonferenz zwischen Finnland, Estland, Lettland und Polen hat die finnändische Regierung am 30. Juni geantwortet, sie sei bereit, jeden praktischen Vorschlag zu erörtern, der geeignet sei, die friedliche Zusammenarbeit zwischen dem finnischen und dem russischen Volke unter Beobachtung der internationalen Abkommen zu sichern. Bevor sich aber Finnland in eine sachliche Beratung des russischen Vorschlags einläßt, wünsche ich nähere Mitteilungen über das Arbeitsprogramm der Konferenz und die Namen der Delegaten zu erhalten, die sich bereit erklärt haben, daran teilzunehmen. – Nach einem Artikel Radeks in der „Pravda“ zu schließen, scheint jedoch der Abrüstungsvorschlag der Sowjetregierung ins Wasser zu fallen, angeblich, weil die aufgeforderten Vänder des russischen Vorschlags sabotiert.

Die Pariser Angst vor Deutschlands Bankrott.

Paris. Das Mittagsblatt „Paris Midi“ schreibt u.a.: Wenn die Dinge so weitergehen, wird die deutsche Mark tatsächlich den Weg der österreichischen Krone gehen. Man sollte nach allem wohl Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Finanzen zu bestimmen. Aber es wird kaum möglich sein, die deutschen Wiederherstellungsabgaben zu retten. Man muß es jetzt schnell tun, aber es wird jetzt immer klarer, daß die Zeit gegen den Wiederherstellungsplan arbeitet. Das einzige Mittel ist gewesen, durch eine ausländische Anleihe für die Befestigung der deutschen Mark zu arbeiten. Der Anleiheplan ist bestätigt worden. Deutschland ist im Begriff, unter unseren Augen bankrott zu machen.

diesem Manne gegenüber, trotzdem ihn dessen Unterhämlichkeit, wie er es nannte, in eine finstere Nut trieb.

„Meine Tochter ist die Braut eines Anderen. Selbst, wenn das nicht der Fall wäre, Ihre Frau würde sie nie.“

„Ist das Ihr letztes Wort, Herr von Bauer?“

„Mein letztes Wort, mein Herr.“

„So hören auch Sie mein letztes Wort: Dorothé wird meine Frau, mit oder gegen Ihren Willen.“

„Das werden wir sehen. Sie vergessen, daß Dorothé nicht mindig ist.“

„Ich verstehe nichts. Da Sie der Stimme der Vernunft jedoch nicht Gehör geben – Ihr Vaterherz kann ich nicht zuhören, da Sie eins haben – sage ich Ihnen hiermit, daß ich mit Dorothé eringen werde, und zwar mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen.“

„Sie drohen mir? Soll ich Ihnen vielleicht die Kugel auf den Hals heben. Sie macht mit lästigen Ausländern nicht viel Aufhebens.“

„Ich bin kein Ausländer, sondern ein guter Freude, wie Sie es sind. Sie zwingen mich zum Kampf um jedes Mittel, hören Sie, jedes Mittel soll mit reich sein, dieses Kampf zu gewinnen.“

Er läutete kurz die Haken zusammen. Seine Hand griff nach dem Degen und dem Dreimaster mit dem waldenden Federbusch, dann schloß sich lautlos hinter ihm die Tür.

Leberecht Bauer sank ganz vernichtet in einen Stuhl. Seine einzige Sorge war, daß Dorothé nicht Ammeinmann begreife.

„Allmählich atmete er bestreit auf. Sein Argwohn war umsonst gewesen. Da unten auf der Straße erklang schon wieder das Posthorn. Unter seinen Bildungen und dem Jubel der Straßenkinder laufte die Extravest von dannen.

Und Leberecht Bauer sah vor seinem Schreibtisch und starrte auf den blinkenden Orden und auf die Bergamentrolle, die ihm so viel des Doktoren vertrieb.

Er würde ja alles natürlich ablehnen – er mußte ja sowieso erst um die Genehmigung des Königs für die Annahme eintreten – er würde selbstverständlich ablehnen, weil dieser verhaftete Mensch der Ueberdränger war. Dann aber d

Amerikanische Erkenntnisse über die Kriegsschuld.

America, das mehr als einen wertvollen Beitrag zur Literatur über den Verhälter Frieden geleistet hat, tritt nun unter die Kritiker des Kriegsschuldens." So beginnt eine Befreiung in der neuesten Nummer von "The Nation and the Abendblatt" in der das soeben erschienene Werk "La France Captain" von Professor Hausman angezeigt wird. "Professor Hay's drei Artikel in der American Historical Review, hören wir weiter, liefern den inhaltsreichsten Beitrag zu der unmittelbaren Entstehung des Krieges, und nun gibt Professor Hausman, ein früherer Richter des Obersten Gerichts des Staates Washington und ein hervorragender amerikanischer Rechtsanwalt, eine klare Einführung in die früheren und geheimen Ursachen. Die beiden Schriftsteller gehören verschiedenen Klassen an. Hay's Methode war rein historisch; seine Schlussfolgerungen müssen streng neutral genannt werden. Hausman beansprucht keine Neutralität. Sein Buch ist wie dasjenige von Signor Ratti eine Anklage der französischen Politik. Er betrachtet Frankreich als den nachslavellistischen Urheber des Krieges, und bestimmt Franzosen — Delcasse,

Vincent, Millerand, Violan, Valsologue — als seine Kämpfer, die mit mehr oder weniger Feindseligkeit und Gewalt handelten. Hausmans Schlüsse in dieser großen Frage sind präzise; seine Beweisführung ist streng auf Dokumenten aufgebaut, und wenn wir nicht irre, hat er den Finger auf die Fragen gelegt, die Jahre hindurch das Gewissen Europas beunruhigen müssen, bis eine gerechte Antwort für sie gefunden worden ist." Die Ergebnisse dieser amerikanischen Untersuchung werden dann folgendermaßen zusammengefasst: "Während der letzten Tage des Juli waren das bürgerliche Deutschland und England die Friedensmächte; das diplomatische und militärische Österreich und Russland waren die Kriegsmächte, während Frankreich, das Russland die Justizierung unbedingter Unterstüzung gegeben hatte, keinen hellenen Einfluss ausübte, wenn es auch eine friedliche Absicht behaute. Verblüfft waren die drei Erzherzöge in der Tragödie Berchtold, Sudomirski und Janowskowitsch. Der erste ignorierte die deutschen Vorstellungen und unterdrückte den österreichischen Bericht, der die serbische Regierung von der Mittäterschaft bei dem Mord des Erzherzogs vollständig entlastete. Die beiden Russen beflogen den Baron und veranlassten gegen seinen ausdrücklichen

Befehl die allgemeine russische Mobilisierung, die die deutsche Mobilisierung hervorrief und nach sich zog." Hausman betont dann die Neuanordnung in Frankreich, die im 20. Jahrhundert immer stärker geworden war und die besonders bedeutsam sind seine Ausführungen für den französischen Gesandten in Petersburg Valsologue. "Der der führenden Persönlichkeiten gesetzt," heißt es am Schlus der Befreiung, "und es kann nicht bestritten werden, dass der Prozeß über die Kriegsschuld zu Deutschlands Vorteil verlaufen ist. Es ist die Nemesis der französischen Nachkriegspolitik, das die Menschen mehr und mehr gewungen werden, sich zu fragen, wieviel sie den vor dem Kriege aufgestellten delighen Vermutungen über einen französischen Anteil auf den Frieden Europas geben müssen. Das Urteil ist fest bereits weit genug fortgeschritten von dem Kriegsbeginn von der ausköhllichen Stunde Deutschlands, und jedes Land hat jetzt sein Gewissen zu prüfen über die Schuld und den Irrtum, die auf seiner Seite liegen. Auf jeden Fall stützt der fallierende Vertrag und seine Lehre vom Sündenbock in den Grund."

Korsett-Reparaturen

werden prompt und billigst ausgeführt in der

Korsett-Fabrik H. Mühl & Co.

Riesa, Goethestraße 84.
Annahme I. Etage. Telefon 205.

Vereinsnachrichten

Homburg, Verein. Sonnabend 8 Uhr Schachthof. Dienstagabend Riesa u. Umg. Sonntag, 9., 1 Uhr Adm.-Aukt. b. Staats-Großenhain, Oberseebrau 2.

Vereinigung christlich gesinnter Eltern.

Der unterzeichnete Vorstand macht die Mitglieder der Vereinigung, deren Kinder die Knabenschule besuchen, auf Grund der Erfahrung in der Elternversammlung der Mädchenschule darauf aufmerksam, daß morgen abend in der Versammlung mindestens etwa 600 Eltern (Väter, Mütter, Vormünder usw.) anwesend sein müssen, wenn ein gültiger Beschluss darüber gefaßt werden soll, ob für die Zukunft ein Elternrat gewählt werden soll oder nicht. Bahrsches Erscheinen ist also dringend nötig.

Riesa, 6. Juli 1922. Der Vorstand.

Kammerlichtspiele

Hauptstraße

Nur noch heute
der große Athletenfilm.
Ab morgen Freitag bis Montag

Mary Walcamp
in ihrem Meisterwerk

„Der rote Handschuh“. — 3. Teil:

Ueberraschende Enthüllungen.

Der Film wird von Teil zu Teil überraschend, spannender und Mary Walcamp entwickelt sich mehr und mehr und ist bereits auch hier

der Liebling des Publikums!

Um recht regen Besuch bitten
der Besitzer A. Marx.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Zu jeder Jahreszeit wird es bei
Jung und Alt gern gesehen, wenn
als erfrischende
Nachspeise

Oetker Pudding

auf den Tisch kommt: Mit frischen,
gekochten oder eingemachten
Früchten, mit Rhabarber oder
mit Fruchtsaft angerichtet, ist
dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise;
Der besondere Zusatz von knospebildenden
Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht
diese zu einem hervorragenden Nährmittel für
heranwachsende Kinder, und sollte diesen so
oft als möglich vorgesetzt werden.

Dr. Oetker's Puddingpulver

kommen niemals lose, sondern nur in Original-
paketen mit der Schutzmarke

Oetker's Hellkopf

in den Handel

Sonder-Angebot.

Trotz der ständig anziehenden Preise
bieten wir noch an lange Vorrat reicht:

Feinste Tafel-Margarine
Ha Ha La los, Pfund nur 37.50
Z. u. G. Pfundwürfel 38.90
Zhoga 39.90
Zhoga 41.50

Feinstes Kaiser auszugmehl
Pfund nur 14.—

Große Auswahl in
Schokoladen, Bonbon u. Erfrischungen

Hamburger Kaffee lager

Thams & Garfs
Hauptstrasse 54.

**Die ungeheure Veränderung der
Guttermittel, neue Vorrätebildung
und die weitere Steigerung der
Allgemeinkosten zwingen uns
leider wieder, unsere bisherigen Süße ab 1. Juli
um 35 bis 40 Prozent zu erhöhen.**

**Schuhgemeinschaft der Lohnfuhrunternehmer
von Riesa und Umgegend.**

Gasthof Münczik.

Sonntag, 9. Juli, nachm. 5 Uhr
großes Militär-Garten-Konzert und Ball
ausgeführt von der 1. Kompanie des Inf.-Regts. Nr. 4.

Unbekannt hochfeine
Tafelmargarine

Butter

voller Ertrag
versendet täglich, frisch z. Weile von nur
Mr. 40.— pro Pf. frco. v. 9 Pf. an die
Molkerei Jauch, Oberstr. 18 (Witt.).
Ein Versuch führt z. regelmäß. Bezug.

Rößlachterei Schubertstr. 19

Morgen Freitag Fleischverkauf.

Tel. 273. Otto Gundersmann.

Obst-Verpachtung.

Die gesamte Obstbauung des Eichmannschen
Gutes in Rößla soll verpachtet werden. Diesbezügliche
Angebote sind bis zum 25. d. Mts. an
Unterzeichneter einzureichen, wofolbst auch die Be-
dingungen zu erfahren sind. A. Rohse, Inspector.

Hühneraugen Aufiro
Hornhaut, Schwelen u. Waren
schnell sicher u. schmerlos
in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschwell und Wundläufen Mukiro = Fußbad!
Central-Drogerie Oskar Förster.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seehausen/Riesa, 6. Juli 1922.
Ernst Frenzel u. Frau Olga geb. Vinkert.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Seeh

Die Regierungserweiterung nach links.

Die Versprechungen über den eventuellen Eintritt der USPD in die Reichsregierung sind bisher zu seinem Ergebnis gelangt. Sie werden in der Hauptstrophe noch immer zwischen den beiden sozialistischen Parteien gestritten. Im Reichstag stand gestern außer einer interfraktionären Vereinbarung in dieser Angelegenheit kein. Wie die T. U. aber aus parlamentarischen Kreisen hört, haben sowohl die Vertreter des Zentrums, wie die der Demokraten erklärt, daß sie für ihre Fraktion noch keine Erklärung abgeben könnten. Versprechungen mit der Reichsregierung haben über diese Frage überhaupt noch nicht stattgefunden.

Aus Berlin läßt man uns: Ganz ernsthaft wird sowohl von der Unabhängigen Sozialdemokratie als auch von der in der Regierung stehenden Mehrheitssozialdemokratie der Eintritt der USPD in die Regierung erwogen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben noch nicht eine Stellung genommen, aber es könnte sich möglicherweise eine Zwangslage ergeben, die das Projekt in die Nähe rücken könnte. Nicht daß noch eine sozialistische Partei, deren Radikalismus notorisch ist, in die Regierung treten könnte, ist das Gesichtsfehler, sondern daß damit die Sozialisten ein so entscheidendes Übergewicht erlangen, daß die anderen Koalitionsparteien überflüssig würden, daß wir mithin eine sozialistische Hegemonie zu erwarten hätten. Garantien dafür, daß die Unabhängigen die einmal gewonnene Machtstellung nicht missbrauchen, existieren nicht, zumal die Erregung der Zeit ohnedies das Pendel weit nach links hat auskräumen lassen. Die Unabhängigen haben sich auf einer eigens dafür einberufenen Konsferenz von ihren Wählern das Mandat zum Eintritt in die Regierung geholt. Auch ihnen ist der Erfolg nicht leicht, zumal ihre beste Waffe, die Agitation gegen die „schlappe“ Mehrheitssozialdemokratie ihnen dabei verloren geht. Wir möchten beweisen, daß es zur Festigung des Regierungskurses dienen kann, wenn durch eine durchaus heterogene Gruppe die Entscheidung in besonders schwerer und verantwortungsreicher Zeit erschwert und verlangsamt wird, denn es würde unmöglich sein, daß eine Minorität des Parlaments als Majorität in der Regierung die ganze Reichspolitik verwaltigt. So sehen wir uns nicht veranlaßt, unsere Skepsis gegen die Erweiterung der Regierung durch Zugang der USPD aufzugeben, da namentlich im Zentrum die Befürbände gegen eine solche Komplizierung außerordentlich stark sind.

Bon den Berliner Blättern sind Vorwärts, Freiheit und Rote Fahne erschienen. Der „Vorwärts“ meldet: Am gestrigen Mittwoch mittag begannen die ersten Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der Sozialdemokratie über die Erweiterung der Reichsregierung nach links. Die Verhandlungen trugen einen unverbindlichen Charakter. Sie sollen im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden. — Die „Freiheit“ schreibt, die Demokraten wollten bei der Volkspartei sondieren, um nach rechts statt nach links die Reichsregierung zu erweitern. Alle Meldungen über eine beabsichtigte Verteilung der Ministerposten seien müßige Kombinationen.

Deutsche Mitwirkung beim Wiederaufbau.

Nach dem vom französischen Ministerrat der Reparationskommission überwiesenen Plan zur Ausführung bestimmter öffentlicher Arbeiten unter Mitwirkung Deutschlands beträgt der Anteil Deutschlands an der Neuauflistung der Rhône 2658 Millionen, der französische Anteil 593 Millionen und für die Neuauflistung des Tuyere 129 Millionen an französischen Arbeiten, für die Dordogne 185 Millionen deutscher und 105 Millionen französischer Arbeit, für den Poëgentunnel 65 500 000 Francs an deutscher und 500 000 Francs an französischer Arbeit, für den Seine-Mosel-Kanal und den Seine-Maas-Kanal 502 Millionen deutscher und 88 Millionen französischer Arbeit, für Maas und Schelde 360 400 000 Francs an deutscher und 59 500 000 Francs an französischer Arbeit. Die Neuauflistung der Rhône erfordert 12 000 Arbeiter mit 10-tägiger Arbeitszeit, d. h. eine Ausgabe von 1 200 Millionen für Löhne für Deutschland und 100 Millionen für Frankreich, die Tuyere 1800 Arbeiter während 4 Jahre gleich 55 Millionen Francs an Löhnen. Die Dordogne verlangt 2500 Arbeiter für 4 Jahre, der Poëgentunnel braucht 500 Arbeiter für 4 Jahre; die Verbindung von Seine und Mosel erfordert 290 Millionen Löhne. Die Arbeiten werden mehr gewöhnliche öffentliche Arbeiten unter der Leitung französischer Ingenieure mit deutschem Personal und deutschem Material ausgeführt. Die Arbeiter werden in Arbeitsstätten untergebracht. Die Ordnung und soziale Gesetzgebung werden die der deutschen Väter sein. Ein großer Teil der Pistenungen und des Materials wird der französischen Industrie vorbehalten.

Der Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission Louis Dubois hatte dem Grundlage der deutschen Mitarbeit für die im Ministerrat beschlossenen öffentlichen Arbeiten zugestimmt, aber wissen lassen, daß es vielleicht besser wäre, mehrere einzelne Unternehmungen ins Auge zu fassen, als daß man die Durchführung eines so großen Arbeitsprogramms versorge. Die französische Industrie soll bei den Materiallieferungen mit 30 Prozent bedacht werden. Die Regulierung der Rhône erfordert deutscherseits die Lieferung von Arbeiten für 2600 Millionen Franken, sowie die Gestaltung von 12000 Arbeitern 10 Jahre hindurch. Die interministerielle Kommission, die den Plan ausgearbeitet hat, hat auch schon die Arbeitsbedingungen für die deutschen Arbeiter festgestellt. Die Arbeiten werden wie gewöhnliche öffentliche Arbeiten unter dem Befehl französischer Ingenieure ausgeführt. Die deutschen Unternehmer hätten die Ausgabe, ihr Personal zu leiten. Die deutschen Arbeiter würden in Arbeitervierteln untergebracht. Da Deutschland für die Bedürfnisse seiner Ernährung, namentlich was das Getreide und Fleisch anbetrifft, auf den Import angewiesen ist, so kann es diese Einfuhr über Bordeaux anknot über Hamburg leiten. Ein Teil des Lohnes für die Familien der deutschen Arbeiter soll durch die deutsche Regierung bezahlt werden und ein kleiner Teil des Lohnes zur Besteitung der täglichen Bedürfnisse in Frankreich.

Marktentwertung und Reparationen.

„Daily Mail“ drückt nach französischem Vorbild die Befürchtung aus, daß die deutsche Hochfinanz einen beispiellosen Bankrott verhindern würde. Das Blatt fordert gleichzeitig die Bank selbst durch die Verbreitung alarmierender Berichte über die deutsche Lage. „Morning Post“ gibt im Handelsblatt an, daß die Reparationsabnahmen die Hauptursache der neuen Wirtschaftsflüsse seien. „Daily News“ meinten, die Alliierten müßten nun begreifen, daß die Reparationen und der Aufbau Europas unvereinbare Ziele seien. Weltz. Deutscher, der Direktor des U. S. G., erklärte einem Vertreter der „Westminster Gazette“, zum ersten Male seit dem Kriege zweifte er an Deutschlands Gewinn und standte es gegen Deutschland keinem.

Das Ausnahmegefeß vor dem Reichstag.

Die kurze Zeitspanne, die zwischen der Ernennung Rathaus und dem Tage liegt, an dem die deutsche Volksvertretung zum ersten Male die aus der Erregung über jene Tat herausgeschaffene Maßnahmen vor ihr öffentliches Forum zieht, hat in der Verhandlungsart dieser Dinge nun gewisse Beruhigung herbeigeführt. Diese äußere Ruhe täuscht aber nicht darüber hinweg, daß auf den Listen wie auf der Rechten unterirdische Wellen brodeln, die jeden Augenblick zu Gewaltentladungen führen müssen.

Dah die zu Gesetzen zu erhebenden Verordnungen parlamentarisch und verfassungsmäßig als gesetzlich gelten können, wird auch der größte Optimismus nicht behaupten. Selbst die vom Innenminister Koehler als „überwältigende Ausweitungsfähigkeit“ geprägte Reichsratsabstimmung stellt sich als brüchig und trügerisch heraus. Denn die vier wittenbergschen Vertreter haben ihre Stimmen entgegen der Stellungnahme ihrer Landesregierung für das Gesetz abgegeben. Wenn rechtlich die Erweiterung der Zweidrittelmeinung auch nunmehr eine innere Angelegenheit Wittenbergs darstellt, so ist sie moralisch-politisch doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Im Reichstage steht es in der Bezeichnung noch bedenklicher aus. zunächst besteht auch innerhalb der hinter der Regierung stehenden bürgerlichen Parteien keine reine Freude. Die Faltung der Rechten ist klar. Reichstagsfraktion der bürgerlichen Volkspartei und Kommunisten sind schwankend. So stellt denn die Aussprache erster Letzter, die der Überarbeitung an den Ausschuss vorangeht, mehr als das übliche Auseinandersetzen dar. Zwischenparteien stehen sich aus dem Hintergrund der Verhandlung heraus, scharf gegenüber. These und Antithese: Das Gesetz ist ein Ausnahmegericht; es ist es nicht! Die Fassung, wie sie dem Hause vorgelegt ist, läßt den Charakter des Ausnahmegerichts allerdings nicht in der Schwäche hervortreten, in der seine Anwendung nach dem Regress des Ministers Radbruch gemeint ist. Minister Koehler irr, wenn er glaubt durch Bestimmungen, die geradezu zur Geheimabstimmung anreizen, die weite Volksfront außerhalb der Verfassung stellen, das öffentliche Leben entgiften zu können. Wahloose Verbitterung wird gerade in den Kreisen Platz greifen, die ihrer ganzen Vergangenheit nach nicht in einen Gegensatz zu der Tache der Ordnung gebracht werden dürfen. Auch die wörtlich den „Vorwärts“ nachgrüchende Ankündigung, daß wir erst am „Anfang“ der Aktion stehen, daß den ersten Ausnahmegerichten weitere folgen werden, dürfte nicht gerade zur Beruhigung des Landes beitragen.

Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 5. Juli.

Präsident Voelke widmet dem verstorbenen Abg. Däumig (Unabh.) einen Nachruf, den die Abgeordneten stehend anhören.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik, in Verbindung mit einem Amnestie-Gesetz

und 4 Interpellationen. Die Unabhängigen interpellieren wegen des Fortbestehens von Selbstschußorganisationen, wegen Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenerfaß verurteilt sind und wegen der Hindenburgfeier in Königsberg; die Sozialdemokraten interpellieren wegen antirepublikanischer Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr daran.

Die heutige Aussprache wird sich hauptsächlich auf das Gesetz zum Schutz der Republik beziehen.

Reichsminister des Innern Koehler: Not tuen uns nicht lange Reden, sondern Handeln. An Stelle der ergangenen Verordnungen soll das Gesetz treten, da der Artikel Nr. 48 so selten und so sorgfältig abgewandt werden soll. Wir müssen den Mut und die Verantwortung finden, den Sumpfboden endlich zu sanieren, aus dem die kleine feige Mördergesellschaft entflohen ist. Wir dürfen nicht warten, bis man der Republik den Sals abschniebt. Neben Einzelheiten der Methode kann geredet werden, im übrigen stehen und fallen wir mit dieser Sanierungsaktion. Weitere Gesetzesentwürfe werden noch in dieser Sitzungsperiode erfolgen. Aber das Reich hat keine Exekutive. Erst die Exekutive der Länder gibt ihnen Macht. Schulen und Universitäten müssen Pfanzstätten republikanischer Erziehung sein. Das Gesetz ist kein Sozialistengesetz in zweiter Aussage, mit diesem Gesetz wird nicht die Pflege der Tradition verletzt (Gelächter rechts). Wir denken nicht an Flucht, nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft. Das Land ist in Gefahr, möge jeder seine Pflicht tun. (Beifall.)

Abg. Silber Schmidt (Soz.): Es handelt sich um ein Ausnahmegericht gegen rechts. Das Gesetz richtet sich nicht gegen eine Gründung, sondern gegen Kreise, die außerhalb der Verfassung mit Mitteln bis zum Mord die Republik vernichten und den Obrigkeitstaat wieder aufzurichten wollen. Durch die Verächtlichmachung, die Verdrohung, die Erniedrigung der Führer der Republik sollte diese selbst getroffen werden. Die Republik hat bisher eine außerordentliche Geduld geübt. Heute ist es genug! Meine Partei ist bereit, alles zum Schutz der Republik zu tun. Der Entwurf geht und aber nicht weit genug, vor allem darf dem Reich nicht die Exekutive fehlen. In der Atomwaffe müssen entsprechende brauchbare Maßnahmen geschaffen werden. Sollte der Reichstag versagen, dann hat er seine Existenzberechtigung verloren. Abg. Bell (B.): Nach dieser Art abdiktatorischer politischer Verbrechen gewissenloser Kreise müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zum Schutz der Republik nötig sind. Wir sind bereit, uns auf den Boden dieses Gesetzes zu stellen. Kleine Mittel helfen nicht mehr. Wir lehnen jedes Ausnahmegericht ab, wir machen das Gesetz unserer Partei zu Liebe, keiner Partei zu Leid. Niemandem, der überzeugter Monarchist ist, soll ein Haar gerückt werden, solange er seine Ansicht sachlich verteidigt. Wir müssen fest und unerschütterlich auf dem Boden des Rechts stehen. Für die Ausnahmeverhandlung behalten wir uns die Beleidigung von Einzelheiten vor.

Abg. Petersen (Dem.): Wir sind bereit, dem Staat diejenigen Strafrechtsmittel an die Hand zu geben, deren er bedarf. Es handelt sich um nötige Ergänzungen des Strafrechts, die nach allen Seiten hin angewendet werden können. Wie hoffen auf beschleunigte Verabschiedung eines brauchbaren Gesetzes.

Abg. Dr. Dühringer (Nat.): Jeder Staat hat das Recht der Selbstverteidigung. Die Erhöhung der letzten Woden erfordert besondere Maßnahmen. Die Entdeckung von Organisationen im ganzen Reich, von Verschwörungen, die man wirklich als Mörderzentren bezeichnen kann, das schwindende Verbrechen gegen einen hervorragenden deutschen Mann machen ein sofortiges Eingreifen nötig. Deshalb haben wir grundsätzlich die Maßnahmen des Reichspräsidenten als berechtigt anerkannt, aber wir mußten überredet und erkannt sein, als der Justizminister erklärte,

dah diese Verordnungen ausschließlich gegen rechts gerichtet seien. Die politische Verblendung und Vorwerke der deutschösterreichischen Kreise angegeben, aber gibt es solche Nationalen und solche Elemente nur in diesen Kreisen? Hat die Republik nur Feinde auf der Rechten? Mein Partei... (Abg. Hößlein (Kom.): Die Mörderpartei! Vom und willende Jurte rechts und links. Präsident Voelke ruft den Jurten werden schon wieder freie. Auch für die Republik gilt der Satz: Justitia fundatum regnum. Zwischenzeit des Abg. Hößlein. Präsident Voelke gibt ihm den zweiten Ordnungskreis und fordert ihn auf, ihm nicht zu weiteren Maßnahmen zu zwingen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, aber man soll an der Verfassung nicht so viel herumdoctoren. Die Verordnungen hätten aussericht. Letzten Endes seien die unerhörten Verbrechen der Ministermörder doch nur auf den Deck des Verfassungsschutzes und die daraus entstandene Erweiterung im Volle zurückzuführen. Dühringer schlägt: Das Gesetz wird auf fünf Jahre erlassen. Der Wahlkampf wird inzwischen einsetzen, sollen die Deutschen während dieser ganzen Zeit vogelfrei bleiben, wie jetzt, allen Verleidungen ausgesetzt? Das Gesetz ist „ob irato“, im Horn, erlassen, ein traumatisches Dokument einerseitiger Parteipolitik. Wir lehnen das Gesetz in dieser Form ab.

Abg. Dr. Mosenfeld (Unabh.): Es hat schon seinen Grund, wenn man von deutungsnationalen Mörderbanden spricht: man lebt ihre Heilsphilosophie nach, in denen ziemlich unverblümmt zum Marde von Männern wie Rothenau aufgerufen wird. In Bayern wird die Monarchie propagiert, die Mitglieder des früheren Adelshauses machen mit. Was nun das Gesetz auslöst, so steht zu befürchten, daß seine Bestimmungen gegen links angewendet werden. Wir fordern deshalb ein neues Disziplinarstrafgesetz, welches die Entfernung der monarchistischen Beamten ermöglicht. Wir brauchen auch endlich einen republikanischen Reichswehrminister.

Abg. Dr. Stresemann (D.R.): Wie sind bereit, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten. Auch wir wünschen, daß die Reichsflagge gegen Verschwörungen geschützt und auch die Reichsbeamten geschützt werden. Die Verfassung des Reichspräsidenten muß über der Parteien stehen. Nach den bisherigen Feststellungen muß auch ich annehmen, daß es Mörderorganisationen gibt. Diese müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, gleichviel gegen wen sie sich richten. Dem Gesetz sollte man lieber den Namen geben „Gesetz zum Schutz der Verfassung“. Dieser Titel würde unsatisfaktions und zweckentsprechend sein. Hauptfrage bleibt die Zusammenfassung derjenigen, die bereit sind, innerhalb der beständigen Staatsform mit allen Kräften zum Wohl des Staates mitzuarbeiten. Auch Rothenau war nach Tradition und Erziehung kein Republikaner, aber er bat sich der Republik zur Verfügung gestellt. Diejenigen Mitglieder der Regierung können nicht für unsere Süden Autonome verantwortlich gemacht werden. Das und Leidenschaft dürfen sich nicht auf einzelne Personen konzentrieren (Schriftsteller), sonst kommen wir nie aus der Atmosphäre der Leidenschaft heraus. Ein typisches Beispiel für die Leidenschaften auf der linken Seite sei der Überfall auf den bekannten Abg. Olbrich in Darmstadt. Auf unabsehbare Zeit sei der Wiederaufbau Deutschlands nur möglich auf dem Boden der Republik, an dem auch seine Partei mit arbeiten will. Aber die Republik würde mehr moralische Erwerbungen machen, wenn sie sich von Bildstürmern fernhalte, die immer etwas Kulturloses an sich habe. Einzelne Bestimmungen des Gesetzes gingen weit über das ehemalige Sozialistengesetz hinaus. Diese könne seine Partei nicht annehmen.

Abg. Reich (B.P.) schließt sich im wesentlichen den Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums an. Es müßten aber gewisse Änderungen am Gesetz vorgenommen werden, auch würde sich verschiedenes besser durch Verordnungen regeln lassen.

Abg. Remmel (Kom.) fordert die Kontrollorgane der Arbeiter, welche die Säuberung der Justiz, der Reichswehr und der Polizei von monarchistischen Elementen überwachen sollen. Im übrigen ist er der Ansicht, daß das Gesetz nicht auströte, die Gewerkschaften zu trennen, und fürchtet, daß die Verordnungen gegen links angewendet würden. Auch das Amnestiegesetz geht ihm nicht weit genug; er verlangt vor allem die Freilassung von Max Görlitz.

Das Gesetz wird sodann dem Reichstag überreicht. Morgen nachmittag 2 Uhr Beratung der zum Gesetz eingebrochenen Interpellationen. Schluß gegen 8 Uhr.

Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik

sieht im § 1 die Todesstrafe oder lebenslängliches Bußhaus für Personen vor, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß zu ihren Zielen gehört, Mitglieder der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung zu töten, ferner für Personen, die in Kenntnis der vorbezeichneten Ziele eine solche Vereinigung durch Zuwendungen unterstützen; Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Bußhaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis bestraft, wenn sie es unterlassen, sowohl der Behörde wie der durch Verbrechen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Keine Anwendung findet diese Vorschrift auf Geistliche bei Ausübung der Seelsorge.

§ 2 bestimmt: Mit Gefängnis von 3 Monaten bis 5 Jahren, wobei auch auf Geldstrafe bis 5 Millionen Mark erkannt werden kann, wird bestraft,

1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes oder gegen Mitglieder der amtierenden oder einer früheren republikanischen Regierung verübt oder ausdrücklich billigt, oder wer solche Gewalttaten belohnt oder die Täter oder Teilnehmer begünstigt, oder wer verstockte Mitglieder einer solchen Regierung, die einer Gewalttat zum Opfer gefallen sind, verleumdet oder öffentlich beschimpft;

2. wer Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes aufordert oder solche Gewalttaten mit anderen verabredet;

3. wer Mitglieder der amtierenden oder einer früheren republikanischen Regierung verleumdet oder öffentlich beschimpft;

4. wer öffentlich die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes oder die Staatsform oder Landesherrschaft beschimpft;

5. wer an einer Verbindung teilnimmt oder durch Zuwendungen unterstützt, die begreift, die republikanische Staatsform zu untergraben. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Bußhaus.

Das Gesetz bestimmt ferner, daß den Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reiches auf die Dauer bis 5 Jahren verboten werden kann.

Die Großhafthäuser.

Im Steuerausschuss des Reichstages wurde gestern die Abänderung des Großhafthäusersteuergesetzes behandelt. Dabei gab u. a. ein Volksparteier die prinzipielle Erklärung ab, daß die Deutsche Volkspartei den Gesetzentwurf für die Abgabenreform nur gleichzeitig mit der Rechtsform des Großhafthäusersteuergesetzes verabschieden würde. In der Abstimmung wurde nach einem Zentrumsvortrag eine dahingehende Abänderung angenommen, daß der Großhafthäuser unterliegen sollen: 1. der Erwerb von Todesmüssen, 2. Beschaffung und 3. die sogenannte Zweckzuwendung. Die gesamte Großhafthäuser wurde aus dem Gesetz herausgestrichen. Als vom Erblasser angewendet soll auch der Übergang vom Vermögen auf eine vom Erblasser angeordnete Stiftung gelten. Die Versteuerung tritt ein für den gesamten Erbansatz, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes oder der Erwerber zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht ein Ausländer ist. Die Steuerpflicht tritt in allen anderen Fällen ein für den Erbansatz, soweit er in inländischem Grund oder Betriebsvermögen, Aufrüchten an solchem Vermögen oder in Sachen besteht, die sich im Ausland befinden. Der Erwerb des Ehegatten soll der Großhafthäuser nur dann unterliegen, wenn der Altersunterschied zwischen den Ehegatten mehr als 20 Jahre beträgt und die Ehe noch nicht fünf Jahre bestanden hat. Angetreten wurde ein Zentrumsvortrag, daß für jede angefangenen 100.000 Mark des Betrages, der das vorhandene Vermögen des Erwerbers von 1 Million übersteigt, ein Aufschlag von 10 v. H. des Steuerbetrages erhoben wird. Jedoch soll der Aufschlag die Hälfte des 1 Million übersteigenden Betrages nicht überschreiten, und darf nicht mehr als 100 v. H. der Steuer betragen. Für diesen Aufschlag soll das Vermögen des Erwerbers maßgebend sein, wie es bei der dem Erwerber vorangegangenen Veranlagung zur Vermögenssteuer festgestellt ist. Solange diese nicht festgestanden hat, ist die Veranlagung zum Reichsnotorper maßgebend.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Vorliegender Mißlaß eröffnet die geistige Sitzung und gedenkt der verstorbenen Mitglieder des Konsortiums Walther und Dr. Walter Rathenau. Rathenau sei für das Vaterland in dieser Zeit der Tod und der Untergang ein tragischer Verlust. Sein Name werde in Ehren bleiben als einer der Besten unseres Vaterlandes. Aus dem Reichswirtschaftsrat ausgeschlossen ist u. a. der bayerische Bayernführer und Reichstagsabgeordneter Dr. Helm. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Entwurf eines Haushaltsgesetzes. Der grundlegende § 1 wird nach längerer Ausprache in der Sitzung der Regierungsvorlage angenommen. Hinzugefügt wird ein neuer Absatz, wonach das Gesetz auch für Arbeitnehmer gilt, deren Erwerbstätigkeit durch das Arbeitsverhältnis hauptsächlich in Anspruch genommen wird, die aber nicht in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind. Göttinger, Kütscher, Blätterer und Kraftwagenführer, deren Tätigkeit als solche ihre Hauptbeschäftigung bildet, unterliegen dem Gesetz nicht. Nach weiterer Ausprache wird nach der Annahme des § 1 um 3 Uhr die Beratung abgebrochen und auf Donnerstag verlegt.

Aus Oberschlesien.

In Oberschlesien ist gestern die 6. Sitzung abgehalten worden. Bis 10. Juli soll ganz Oberschlesien geräumt werden. Die politischen Gefangen sind durch die Franzosen mit den größten Vorleistungsmöglichkeiten abtransportiert worden. Alle Bahnhöfe, auf denen die Transporte laufen, waren mit Maschinengewehren im Abstand von 500 Metern besetzt. Wahre Deutsche, die sich aus dem polnischen Oberschlesien zu den Heimatleuten aus Anlaß des Eingangs der Reichswehr nach Beuthen und Gleiwitz begeben wollten, wurden von den Polen verbrannt und an der Fahrt nach Beuthen verhindert bzw. bei ihrer Heimkehr von Beuthen von Polen misshandelt.

Als am Montag eine französische Kolonne die Stadt Beuthen passierte, um sich nach Tost zu begeben, fiel plötzlich ein Schuß. Die Franzosen hielten sofort und eröffneten das Feuer aus Revolverkanonen. Es wurde großer Schaden angerichtet. Das Haus eines Maschinenfabrikanten wurde gänzlich zerstört. Wie bisher feststeht, wurden insgesamt sechs Personen erschossen. Nach ungefähr dreißig Minuten Beleidigung zogen die Franzosen nach Tost weiter.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Vorbereitungen für die Abstimmung in Oberschlesien über die Autonomiefrage sind im Reichsministerium des Innern abgeschlossen. Als Abstimmungstag ist der 3. September in Aussicht genommen. Eine diesbezügliche Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen. Auch die Abstimmung selbst, welche die Einzelheiten des Verfahrens regelt, ist bereits fertiggestellt und wird im Laufe der nächsten Woche im Regierungsamtsblatt für Oppeln veröffentlicht werden.

Wie sieht es heute in den ehemals deutschen Schutzbereichen aus?

Überall hat sich in der Bevölkerung, nicht nur bei den Hartigen, die Erkenntnis durchgesetzt, daß die neue Regelung der Dinge eine Rücksicht auf alle Gebiete darstellt. Überall das gleiche Bild der Vernichtung, des Verjüngens und zwar in einer Form, die nicht etwa nur auf die schlechte Weltwirtschaftslage zurückgeführt werden kann. In Deutschland-Ostafrika, das unter dem Namen Tanganyika mit britischer Centralafrika verschmolzen werden soll, ist die europäische Bevölkerung von 6000 auf 2200 Köpfe zurückgegangen. Die Eisenbahnen sind dementsprechend bei der Verwilderung der Umlandungen so wenig benutzt, daß ein großer Teil der Stationen geschlossen ist. Trotzdem werden die Steuern rücksichtslos in aller Höhe eingetrieben. Auf fiktivem Gebiet, Schulwesen, Gesundheitswesen usw. sieht es trostlos aus. In dem französisch gewordenen Kamerun sieht es noch trüber aus. Die Abwesenheit der Deutschen genommenen Plantagen hat mangels an farbigen und weißen Helferkräften überall Stilllegungen vorgenommen. Die Steuern sind trotz der geschwundenen Wirtschaftsmöglichkeit beträchtlich erhöht. Eine ungeheure Last stellt die allgemeine Dienstpflicht dar, die bei dreijähriger Dienstzeit jährlich 80.000 Menschen aus französischer Bevölkerung einzieht. Das macht 180.000 Köpfe bei einer männlichen Gesamtbevölkerung von 2.73 Millionen zwischen 18 und 50 Jahren. Da von dieser Zahl nach französischen Feststellungen mindestens 75 Prozent untauglich sind, beschrankt sich der Kreis auf 622.000 Köpfe der leistungsfähigen Bevölkerung. 622.000 Paar Arme hätten also für den Unterhalt von zwölf Millionen Einwohnern zu sorgen. Da nun diese Soldaten zwei Drittel ihrer Dienstzeit in Europa verbringen werden, kommt ein starker Stromausfall folger, die den Gefahren der europäischen Zivilisation erliegen kann. überhaupt nicht ausreichend oder für die hohe Arbeit unbrauchbar werden. Das alles sind, wohlgemert, französische Feststellungen aus dem amtlichen Organ „L'Actualité française“. So sorgt man heute für das „Wohlergehen“ der Eingeborenen! Die Loge der Verwaltungsbürokratie endeten mit dem Schloßmord des leitenden französischen Beamten. In der Südschweiz siehts gleich traurig aus. Nach Besetzung der deut-

schen Verwaltung ist in Camo eine heimliche Weise ein Viertel der Gesamtbevölkerung durch Seuchen dahingerafft. Unter neuseeländischer Verwaltung fühlen sich selbst kleinste Engländer von den Verhältnissen „angestellt“, wie es in einer Eingabe an den Minister des Reichs heißt. Neuquinea leidet ebenfalls schwer unter australischer Unfähigkeit.

Ein Mahnrat Hindenburgs!

Der Hannoversche Courier veröffentlicht eine Erörterung Hindenburgs, in der er gründlich zum politischen Mord Stellung nimmt. Darin heißt es: Auch der politische Mord bleibt ein Mord. Er ist doppelt verwerflich, weil er nicht nur ein Menschenleben vernichtet und mehr oder weniger große Kreise in Trauer und Schmerz versetzt, sondern auch die rubige Entwicklung des Staates gefährdet. Je mehr es dieser Gewissheit bedarf, desto ärgerlich ist das Verbrechen. Deutschland ist erkrankt. Wer will es heilen lassen? Es bedarf zur Genesung dringend der Wichtigkeit. Wer will Brotreichtum haben? Der Mord ist falsch. Wer will seine Seele? Sicherlich keiner, der sein Vaterland mit Südländer Kopft, aber warmem Herzen treu und fechtlos liebt.

Der Mordanschlag auf Harden.

Der Mordanschlag auf Maximilian Harden ist nicht auf den selbstständigen Entschluß der beiden Täter zurückzuführen, sondern sie sind zur Tat durch blinder ihnen liegenden rechtsextremen Verhältnisse bestimmt worden. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei haben ergeben, daß die Hintermänner in Oldenburg liegen. Mehrere dort drin entstandene Berliner Beamte haben darauf in Oldenburg Durchsuchungen sowie Verhaftungen vorgenommen.

Weitere Ermittlungen zum Mord Rathenau.

Der im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenau verhaftete Praktikant Kauer in Düsseldorf ist auf Freiliches des Oberrechtsanwaltes beim Staatsgerichtshof nach Berlin übergeführt worden. Kauer kommt nicht als Mörder in Betracht, es besteht aber starke Verdacht der Begünstigung.

Die Thüringer Allgemeine Zeitung meldet aus Gera: Bei Haustürklingungen bei dem deutschvölkischen Schuh- und Trugkunst wurde eine Anzahl kompromittierender Schriftstücke gefunden und der Vorsteher des Bundes Oberpostdirektor Fehlauer verhaftet. Bis jetzt wurde festgestellt, daß Gera die Zentrale für Thüringen war. Ferner hat sich aus den aufgefundenen Papieren ergeben, daß frühere hochgestellte Verhältnisse das Unternehmen finanziell unterstützen. — Vor einigen Tagen wurden von der Polizei fünf Elsener Bürger in Schwabach genommen, von denen einmandsel feststeht, daß sie mit der Organisation C in Verbindung stehen. Sie sind vermutlich nach Weimar transportiert worden.

Von der Haager Konferenz.

Der russische Delegierte Krestinski wird im Laufe dieser Woche nach Berlin reisen, wo er als Gesandter der russischen Sowjetrepublik bringende Geschäfte zu erledigen hat. Seine Ankunft in Holland wird für morgen oder übermorgen in Scheveningen erwartet.

Der Berichterstatter des „Neuen Rotterdamschen Courant“ teilt mit, daß man in gewissen Konferenzen ein Ultimatum oder etwas Ähnliches an die russische Delegation nicht als ausgeschlossen betrachtet. Jedenfalls erwartet man, daß die Versprechungen in der Kreditfrage bisher noch nicht weitergedehnt sind, eine Anfrage seitens der russischen Delegation über die Arbitriagelegenheit. Der Berichterstatter sieht hinzufügt, daß man auf dieser Seite besonders die Möglichkeit neuer Überraschungen andeutet, die sich beziehen sollen auf neue Verträge. Diese Geschäftleute haben hier bis jetzt jedoch keinen Eindruck gemacht.

Der Vorsteher der nichtrussischen Kommission hat ein Schreiben an den Vorsteher der russischen Delegation gerichtet, in welchem er auf den Brief Litwinows bezüglich der Bedingungen antwortet, unter denen sich Frankreich, Belgien und Norwegen an der Haager Konferenz beteiligen. Den Protokollen von Genoa gemäß wird angenommen, daß diese Regierungen sich an der nichtrussischen Kommission unter genau denselben Bedingungen wie die anderen Staaten beteiligen.

Die internationale Konferenz zugunsten der russischen Emigranten

findet gestern in Genf ihren Abschluß, nachdem sie den Entwurf für einen einheitlichen Personalausweis für die russischen Flüchtlinge einstimmig angenommen hatte. Es wurde nachdrücklich festgestellt, daß dieses Ausweispapier in einzelnen Fällen zur Ein- und Durchreise berechtigt, die Rückkehr in das Kaiserreich aber nur auf Grund eines besonderen Vermerks gestattet und mit der Einreise der Flüchtlinge nach Russland seine Gültigkeit verliert.

Die Demonstrationenstrawolle.

Sind auch in der Hauptstadt die Demonstrationen der Gewerkschaften ruhig verlaufen, so haben sich doch an manchen Stellen Zusammenstöße ereignet, die nicht nur dauerlicherweise Opfer an Menschenleben gefordert haben, sondern zum Teil, wie in Zwischen, ernsten Charakter angenommen haben. Es ist immer ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, die Waffen aufzurufen, die durch eine Kleinigkeit manchmal zu Auseinandersetzungen verleitet werden können und nicht wieder gutzumachen. Unglück hervorrufen. Wohin soll es auch führen, wenn die Sozialisten den Marktburg, der eine rein wirtschaftliche Folge der Freibentwicklung ist, zu Parteidemonstrationen missbraucht, indem sie ihm politische Gründe unterstreichen und die Arbeiter gerade auf die Unternehmer und die Unternehmungen hoffen. Wohl haben die Demonstrationen, die durch die herbeigeführten Krawalle und der Arbeitsausfall wirtschaftliche Auswirkungen, die bei unserer ohnedies gespannten Lage ins Gewicht fallen, aber das steht man auf der Seite der demonstrierenden Arbeiter nicht ein, und wenn die Wirkungen augenfällig werden, führt es nur zu Anklagen gegen die andern.

Die Vorgänge in Zwischen.

Zu den Vorgängen in Zwischen teilt die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei in Dresden mit:

Die Demonstration zum Schutz der Republik am Dienstag verlief auch in Zwischen ruhig. Nach ihrer Beendigung haben einzelne Truppen von Civilpersonen den Verlust gemacht, daß das Haus des Vorsteher der Deutschen Nationalen Volkspartei Stadtverordneten Kaufa angriffen. Hierzu unabhängig stürmte eine andere Gruppe die 2. und 5. Polizeiwache und gelangte dadurch in den Besitz von Waffen. Auf Anforderung wurden 20 Beamte der Landespolizei in die Stadt zur Hilfe gesandt. Auf dem Platz traten ihnen in der Schneedergerstraße etwa 200 Personen entgegen und richteten einen ungewöhnlich heftigen Angriff gegen die Polizeibeamten. In kurzer Zeit war die Polizeiabteilung eingekreist. Bei diesem Zusammenstoß fielen die ersten Schüsse. Den Beamten gelang es, sich wieder nach der Kaserne zurückzuziehen. Am Abend und in der darauffolgenden Nacht kam es zu mehreren Angriffen gegen die Kaserne der Landespolizei und nach vorhergegangenen Verhandlungen zu Schiebereien, bei denen es auf

beiden Seiten Verluste gab. Für die Wucht des Angriffes spricht, daß die Kasernenmauer eingedrückt worden ist. Diese Vorgänge haben der Regierung Veranlassung, in der Nacht auf Mittwoch verschiedene Teile der Landespolizei zur Unterstützung nach Zwischen zu entsenden.

Obwohl der gestern abend zusammengetretene Aktionsausschuss der Gewerkschaften für Aufnahme der Arbeit am gestrigen Tage aufgefordert und ein beruhigendes Flugblatt unter der Bevölkerung verbreitet hatte, ruhte in und um Zwischen die Arbeit in den meisten Betrieben. Am Abend derselben Abend angenähertlich in Zwischen stand. Der Aktionsausschuss hat sich auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung verpflichtet, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Bemerkenswert ist, daß auf zwei Straßen Zugang von bewaffneten Arbeitern beschränkt worden ist. Im Abend ist die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen, von wem die Waffen abgenommen wurden.

(Anmerkung des Telefunken-Geschäftsberichtes: Es fällt auf, daß in dieser amtlichen Mitteilung kein Wort über die Art und die Mengen der zur Verwendung gelangten Waffen und über die Zahl der Toten und Verwundeten enthalten ist. Das von der Regierung der Aktionsausschuss der Aufständigen mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beauftragt worden ist, erregt in Sachen außerordentliches Interesse.)

Weitere Nachrichten über Demonstrationen.

Hohenstein-Ernstthal. Die Kundgebung der Arbeiterschaft verlief auch hier nicht ohne Auseinandersetzung. In verschiedenen Betrieben wurde die Belegschaft gegen ihren Willen herausgeholt; ebenso Angestellte aus Geschäften. Misshandelte Einwohner zwangen man, dem Zuge mit roten Fahnen in der Hand vorzugehen. In Oberslungwitz drang man u. a. in die Wohnung des Händlers Bachmann ein, schlug den 18-jährigen Sohn, weil er den Aufenthalt seines Vaters nicht verraten wollte, durchsuchte Räume und Verhältnisse, drohte das Haus in Brand zu legen und zwangen den Besitzer, ebenfalls die rote Fahne zu tragen, ebenfalls den Ingenieur Möller vom Elektrofahrzeugwerk, während der Inhaber der Eisenknechtischen Maschinenfabrik gezwungen wurde, eine schriftliche Erklärung abzugeben, nach der er vor vier Wochen zu Recht entlassene Betriebsratsmitglieder sofort wieder einzustellen und diesen den entgangenen Arbeitszeitlohn an erledigen hat.

Chemnitz. Jugendliche Burschen drangen nach der Arbeiterdemonstration in das christliche Hospiz ein, wo sie Verwüstungen anrichteten. Einem älteren Schuhmann aufgetragen, das Christliche Hospiz ein, wo die Menge an zerstreuen.

Waldenburg. Bei der Kundgebung zum Schutze der Republik kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich leichtsinnig handelt. Ein Arbeiter wurde getötet.

Magdeburg. Im Anschluß an eine Demonstration sammelte sich eine große Menschenmenge bei dem Gut Sommerhausen an, auf dem seit einiger Zeit Schuhpolizei stationiert sind. Die Kundgebungen galten besonders dem unbeliebten Gutssuperintendenten Mittelmeyer a. D. v. Rosenberg, dessen Entlassung die Menge forderte. Ein Schuh, dessen Urführung bisher unaufklärt ist, begleitete die Erregung der Menge, die sich noch verstärkt hatte. Telefonisch herbeigerufene Schuhpolizei wurde sofort entwohnt. Anwälteste lagen an anderer Stelle aus dem Schloß geschossen worden sein. Danach drang die Menge in das Schloß ein und plünderte. Mittelmeyer v. Rosenberg soll schwer mishandelt worden sein. Die zusammengekrochene Menge wird auf 20.000 bis 30.000 Personen geschätzt. Bei der Schießerei sind ein Kind getötet und sieben Personen verwundet worden.

Leine. Ein größerer Trupp Demonstranten unternahm einen Ansturm auf das Bett der Schülengilde, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Die Sanitäter verbanden 38 Personen. Sechs wurden ins Krankenhaus gebracht, von denen zwei schwere Verletzungen davongetragen haben. Etwa 20 Kanalarbeiter sind verhaftet worden. In der Nacht traf Schuhpolizei aus Hannover ein.

Kreisburg. Bei der Kundgebung in Singen am Hohenzollern wurde, während die Menge vor dem Hause eines früheren Offiziers demonstrierte, aus einem Nachbarhause, das von einem Major Scherer bewohnt wird, auf die Menge geschossen. Mehrere Demonstranten erlitten schwere Verletzungen. Bei dem darauf folgenden Tumult wurde Major Scherer erschossen. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Die einbruchsvolle Demonstration.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ in London schreibt: Die geistige Demonstration zum Schutze der Republik sei ohne Zweifel die einbruchsvolle, die je in Deutschland veranstaltet worden sei. Der Berichterstatter der „Times“ sagt, es sei eine Lüge von großer Bedeutung, daß in der Hauptstadt Deutschlands eine Viertel Million Menschen eine so hohe Ansicht von den republikanischen Ideen habe. Diese Stimme, die der größte Teil der deutschen Nation so klar seit der Ermordung Rathenau erkannt wurde, verdiente von der Entente anerkannt zu werden.

Die kommunistischen Generalstreik.

Aus Halle wird gemeldet: Ein Aufruf der kommunistischen Partei fordert die Arbeiter in den Betrieben auf, mit allem Nachdruck zu fordern, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeiterpartei sofort ein kurzfristiges Ultimatum an die Reichsregierung stellen, ob sie die Forderungen des Berliner Abkommens vom 27. v. März rücksichtslos durchführen wolle. Sollte die Reichsregierung keine befriedige Antwort und keine genügenden Garantien für die Durchführung der Arbeiterforderungen geben, hätten die Gewerkschaften durch Anlage des Generalstreiks der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands die Fortsetzung durchzusetzen.

Vermischtes.

Ein Monatslohn von 40 Millionen. Ein Mitarbeiter der „Kölner Zeitung“, der Ionen aus Moskau ausführte, berichtet über die dortigen Lohnverhältnisse: Die Arbeiter und Angestellten sind in sieben Lohnklassen eingeteilt, die Zuweisung des neu eintretenden Arbeiters zu seiner Lohnklasse wird nach der für jede Lohnklasse festgesetzten Leistungsfähigkeit geregelt. Anfang Jedes Monats ergibt ein Dekret, wieviel der Mindestlohn für die niedrigste Lohnklasse betragen muß, zum Beispiel für Mai 17 Millionen Rubel gleich 1200 Mark oder 60.000 Kronen. Danach ergibt sich dann von selbst durch Multiplikation mit den Leistungseinheiten der Lohn für jede Klasse. Im Mai beträgt der Durchschnittslohn der qualifizierten Arbeiter 40 Millionen Rubel gleich 2800 bis 3000 Reichsmark. Von dieser Bezahllistung wird der Wert der in natura gelieferten Material abgezogen. Eine richtige Vorstellung vom Wert dieser Löhne erhält man, wenn man bedenkt, daß eine Kugel a. B. 10 Mark, 400 Gramm Butter 160 bis 170 Mark, ein Paar gewöhnliche Stiefel 2000 Mark kosten. Für die Fabriken nach und von der Fabrik erhält der Arbeiter täglich eine einzige Banknote zu 40.000 Rubel, für die außerordentliche Fabrik darf er den vollen Preis von 125.000 Rubel (10 Mark) für die Zeitschrift bezahlen. In Neuanwerbungen kann der Arbeiter natürlich gar nicht denken, er wird froh sein, wenn er seine Frau und Kinder mühlos ernähren kann.